

3. 2024

Ausguck:

DAS MAGAZIN DER
CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
IM LAND BREMEN

CDU
FRAKTION
BREMEN

BILDUNGSLÜCKEN SCHLIESSEN

CDU-Fraktion startet
»Offene Sprechstunde«: Diskussion zur
Zukunft der ärztlichen Versorgung!

Seite 7

Bremens wirkungslose Drogenpolitik:
CDU-Fraktion drängt auf echte
Ausstiegsperspektiven

Seite 8

»Weg vom 'Die-und-Wir'-Denken!«
Christine Schnitker fordert Gleich-
berechtigung für Bremerhaven

Seite 10

Ausguck:

3.2024

THEMA

Bremens Bildungslücken schließen 4

Unsere Ideen für bessere Bildungschancen 5

Yvonne Averwenser im Interview:
Alles besser, als das Jetzt 6

»Offene Sprechstunde«: CDU-Fraktion
fragt Bürger nach ärztlicher Versorgung in
den Stadtteilen 7

Neustart für Bremens Drogenpolitik:
Raus aus der Verwaltung,
rein in den Ausstieg 8

Christine Schnittker im Interview:
Wir müssen weg von »Die und Wir« 10

ZU GUTER LETZT

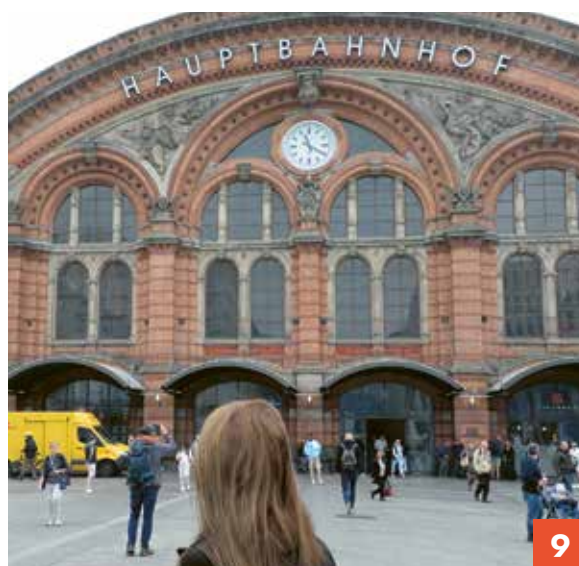
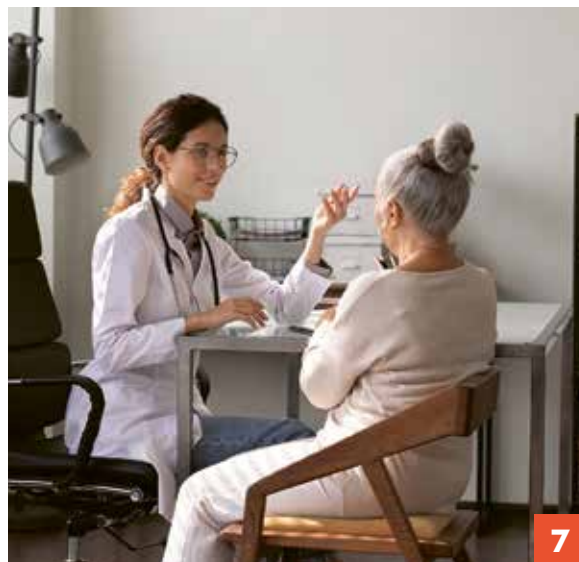
Mutterschutz für Selbständige – CDU-
Fraktion bringt Thema in die Öffentlichkeit 12

 www.instagram.com/cdubremen

 www.facebook.com/CDUFraktionBremen

 twitter.com/CDUFraktionHB

 www.youtube.com/user/cdubremen



A portrait of Frank Imhoff, a man with short brown hair and glasses, wearing a dark blue suit jacket over a light blue shirt. He is smiling and looking towards the camera. The background is blurred, showing other people in a crowd.

Moin!

Liebe Leserinnen und Leser,

die Schulbank zu drücken, hat sich für mich vertraut und doch etwas seltsam angefühlt. Für die Vorstellung unseres Positionspapiers zur Trendwende der Bremer Bildung sind wir dorthin, wo es drauf ankommt: ins Klassenzimmer. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind enorm, und die Zeit drängt. Fast jeder dritte Viertklässler hat Schwierigkeiten beim Lesen, und jeder zehnte Jugendliche verlässt die Schule ohne Abschluss. Diesen Missständen müssen wir mit Entschlossenheit begegnen. Ich bin stolz darauf, dass die CDU-Fraktion konkrete Maßnahmen, wie eine zusätzliche Deutschstunde, entwickelt hat, die schnell und ohne bürokratische Hürden umgesetzt werden können. Dazu alles ab Seite 4.

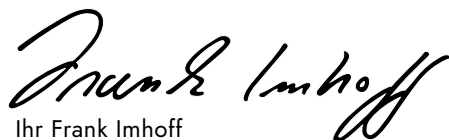
Stahl ist das Rückgrat unserer Industrie und unerlässlich für die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts. Gerade das Bremer Stahlwerk von Arcelor-Mittal spielt eine zentrale Rolle für unsere Region, und die Umstellung auf „grünen Stahl“ ist von entscheidender Bedeutung. Als CDU-Fraktion setzen wir uns intensiv für wirtschaftliche Stabilität und Klimaneutralität ein. Um über die Zukunft des Stahls zu diskutieren, lade ich Sie herzlich zu unserer Veranstaltung „Zukunft Stahl“ am 05. November 2024 um 19:00 Uhr in der Bremer Union Brauerei ein. Anmeldung unter neumann@cdu-bremen.de oder Tel: 0421 - 30 89 448. Ich freue mich auf den dortigen Austausch mit Ihnen.

Ein Thema, das mich ebenso beschäftigt, ist die wirkungslose Drogenpolitik des Senats Bovenschulte.

Schaue ich aus meinem Bürofenster auf die Wallanlagen, sehe ich es jeden Tag: Elend, Verzweiflung, Dreck, Krankheit, Hoffnungslosigkeit – Suchtkranke, die sich dort ihre Spritzen setzen. Das Schicksal dieser Menschen berührt mich sehr und kann niemanden kalt lassen. Diese Menschen brauchen Hilfe, allein schaffen sie es nicht, aus der Suchtspirale herauszukommen. Daher haben wir Maßnahmen erarbeitet, die echte Ausstiegsperspektiven bieten. Gehen Sie mit Sina Dertwinkel, unserer drogenpolitischen Sprecherin, auf Tour rund um den Bremer Hauptbahnhof. Mehr dazu auf Seite 8.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe und freue mich auf Ihr Feedback!

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink that reads "Frank Imhoff". The signature is fluid and cursive.

Ihr Frank Imhoff

P.S. Wir starten eine neue Veranstaltungsreihe zum Thema Gesundheit. Zu unserer „Offenen Sprechstunde“ lade ich Sie herzlich ein, um über die Zukunft der ärztlichen Versorgung in Ihrem Stadtteil zu diskutieren. Alle Informationen dazu finden Sie auf Seite 7!

Bremens Bildungs- lücken schließen

Während draußen Kinderlärm und der Pausengong ertönen, drücken im Klassenraum nebenan Frank Imhoff, Yvonne Averwenser, Martin Michalik und die anwesenden Journalistinnen und Journalisten wieder die Schulbank. Positionspapier statt Pauken steht auf dem Stundenplan. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion stellt in ungewohntem Setting ihre Ideen für eine Reform der Bremer Bildungspolitik vor.

„Es ist Zeit für eine Trendwende“, beginnt Frank Imhoff, Fraktionsvorsitzender, mit dem Rücken zur Tafel, entschlossen. „Der Senat Bovenschulte und insbesondere Bildungssenatorin Aulepp sind nicht in der Lage, die Herausforderungen in der Bildungspolitik zu bewältigen. Die Zukunft unserer Kinder steht auf dem Spiel, und wir brauchen dringend eine Veränderung.“

Das Positionspapier der CDU-Fraktion setzt klare Prioritäten. Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft aller Kinder und wesentlich



Zurück ins Klassenzimmer: Die CDU-Fraktion stellt Positionspapier in der Schule vor.



Frank Imhoff will die Trendwende in der Bremer Bildungspolitik.

für Integration, Armutsbekämpfung und die Fachkräftesicherung. Bremen liefert hier ein trauriges Bild ab. Fast jeder dritte Viertklässler hat Schwierigkeiten beim Lesen, das Kita-Brückenjahr bringt nicht die erhoffte Verbesserung und jeder zehnte Jugendliche verlässt die Schule ohne Abschluss. Nirgendwo sonst in Deutschland hängt der Bildungserfolg so stark von der Herkunft ab wie in Bremen.

Lesen – Rechnen – Schreiben: Die CDU will den Kindern vor allem die grundlegenden Fähigkeiten vermitteln. „Sprache ist die Basis für den schulischen Erfolg“, erklärt Yvonne Averwenser, bildungspolitische Sprecherin. „Wir haben Maßnahmen entwickelt, die wir schnell und ohne große Bürokratie umsetzen können.“ Dazu gehören verpflichtende Sprachtests ab dem vierten Lebensjahr, eine verpflichtende Vorschule für Kinder mit Sprachförderbedarf, eine zusätzliche Deutschstunde in der Grundschule und bei Bedarf ein längerer Verbleib in der Grundschule, wenn noch nicht alle Kompetenzen erlangt sind.

„Die Sprachförderquoten im vorschulischen Bereich sind in Bremen alarmierend hoch“, ergänzt Martin Michalik, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. „Unsere Vorschläge setzen genau hier an. Bildung ist entscheidend für gesellschaftliche und soziale Teilhabe, und sie kann nur gelingen, wenn Kinder dem Unterricht folgen können. Deshalb konzentrieren wir uns auf die Stärkung der Basiskompetenzen.“

Das Ziel der CDU-Bürgerschaftsfraktion ist klar: Eine bessere Bildung für alle Kinder in Bremen und damit eine bessere Zukunft.

Auf die Basis kommt es an:

Unsere Ideen für bessere Bildungschancen!

1. Verpflichtende Sprachtests ab dem 4. Lebensjahr
2. Die Einführung einer verpflichtenden Vorschule für Kinder mit Sprachförderbedarf
3. Eine zusätzliche Deutschstunde in der Grundschule
4. Schulen, die durch erhebliche Sprachdefizite innerhalb der dortigen Schülerschaft besonders herausgefordert werden, gezielt mit zusätzlicher personeller Ressource für Sprachfördermaßnahmen stärken
5. Die Einführung von Vergleichsarbeiten in Mathematik und Deutsch in Klasse 4, als verpflichtendes Element bei der Empfehlung der weiterführenden Schule
6. Einen obligatorischen längeren Verbleib und damit zusätzliche Lernzeit in der Grundschule, wenn noch kein erfolgversprechendes Kompetenzniveau erreicht ist
7. Keine private Nutzung von Handys an Grundschulen
8. Sprachapps auf Schul-iPads



Unsere
Ideen
konkret:



»Alles besser, als das Jetzt«

Yvonne Averwenser ist bildungspolitische Sprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion, zweifache Mutter und kämpft leidenschaftlich für eine Reform der Bremer Bildungspolitik. Im Interview spricht sie über Frust und Lust an Veränderungen.

Ausguck: Was ärgert Sie an der Bremer Bildungspolitik am meisten?

Yvonne Averwenser: Wo soll ich da anfangen? Am meisten ärgert mich, dass so wenig auf objektive Fakten gehört wird und stattdessen eine ideologische Linie weitergetragen wird. In Bremen gibt es eine gesellschaftliche Übereinkunft im Bildungsbereich, die Leistung negiert und Fakten ignoriert. Eine tatsächliche Verbesserung für die Kinder wird nicht angestrebt.

Ausguck: Wie wütend oder frustriert macht Sie das?

Yvonne Averwenser: Es ist wirklich traurig zu sehen, dass den Kindern und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven oft die nötige Beachtung verwehrt wird, wenn es darum geht, ihnen eine bessere Zukunft zu ermöglichen.

Ausguck: Mit welchem Anspruch sind Sie bildungspolitische Sprecherin geworden?

Yvonne Averwenser: Ich möchte das Bildungssystem grundlegend verändern. Kinder sollen am Ende der Grundschule wirklich Lesen, Schreiben und Rechnen können. Außerdem sollen sie einen guten Übergang in die weiterführenden Schulen haben. Ich will, dass unsere Gymnasien gestärkt werden, die Oberschulen aber ebenso attraktiv bleiben und dass die Inklusion endlich auf stabile Beine gestellt wird.

Ausguck: Im Moment fehlen bis zu 230 Assistenzkräfte, die Inklusion scheint in Gefahr ...

Yvonne Averwenser: Bremen hat es versäumt, den Personalbedarf anzupassen. Gelder für die Ausbildung wurden gestrichen und Sonderpädagogik kann man in Bremen gar nicht studieren. Das hat fatale Folgen und führt dazu, dass die Inklusion nun mit dem Rücken zur Wand steht.

Ausguck: Gibt es einen Austausch mit der Bildungsbehörde über die Ideen und Maßnahmen der CDU-Fraktion?



Yvonne Averwenser ist überzeugt: Nur mit einem Wechsel an der Spitze des Bildungsressorts kann es besser werden.

Yvonne Averwenser: Nein, den gibt es nicht. Selbst bei akuten Problemen findet kein Austausch statt. Das liegt meiner Meinung nach an der Bildungssenatorin. Ihre Vorgängerin hat zumindest regelmäßig Gespräche mit den Bildungspolitikern aller Parteien gesucht. Das gibt es jetzt nicht mehr.

Ausguck: Was muss sich ändern?

Yvonne Averwenser: Wenn unsere Kinder eine Chance auf bessere Bildung haben sollen, brauchen wir einen Neuanfang an der Spitze der Bildungsbehörde – einen Personenwechsel. Die jetzige Bildungssenatorin ist nicht in der Lage, zu kommunizieren und die Beteiligten mitzunehmen. Sie hat keinen Rückhalt, weder im Senat noch bei den Verantwortlichen. Das wurde spätestens nach dem Misstrauensvotum deutlich, als sie einen Tag später wieder allein dasaß. Eine Änderung muss dringend her – alles wäre besser als der jetzige Stand.

Kontakt:

averwenser@cdu-bremen.de



»Offene Sprechstunde«: Ärztliche Versorgung im Fokus

Ihre Meinung zählt: Wie steht es um die ärztliche Versorgung in Ihrem Stadtteil?

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen startet eine Veranstaltungsreihe zur ärztlichen Versorgung in Bremen und Bremerhaven. Los geht es in Vegesack. Mit der „Offenen Sprechstunde“ bietet die CDU-Fraktion den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre Erfahrungen und Anliegen direkt mit der Politik zu teilen. Im Zentrum steht die medizinische Versorgung durch Haus-, Fach- und Kinderärzte in Stadtteilen wie Blumenthal, Gröpelingen, Osterholz oder Lehe.

„Wir wollen nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden, sondern gemeinsam Lösungen entwickeln“, betont Rainer Bensch, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. „Nur wer vor Ort

zuhört, versteht die tatsächlichen Probleme und kann gezielt handeln.“

Neben den Bürgerinnen und Bürgern sind auch Ärztinnen und Ärzte sowie medizinisches Fachpersonal eingeladen, über ihre Perspektiven zu sprechen. Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, die Versorgungssituation zu verbessern und politische Maßnahmen gezielt zu gestalten.

Kontakt:

bensch@cdu-bremen.de

TERMINE DER OFFENEN SPRECHSTUNDEN

MITTWOCH, 06.11.24 | 16:00 Uhr | Gustav-Heinemann-Bürgerhaus, Kirchheide 49, 28757 Bremen

MITTWOCH, 04.12.24 | 16:00 Uhr | Bürgerhaus Obervieland, Alfred-Faust-Straße 4, 28279 Bremen

MITTWOCH, 15.01.25 | 16:00 Uhr | DIAKO Krankenhaus, Gröpelinger Heerstraße 406–408, 28239 Bremen

MITTWOCH, 12.02.25 | 16:00 Uhr | Bremerhaven, Ort wird noch bekanntgegeben

MITTWOCH, 19.02.25 | 16:00 Uhr | Mahndorfer Bürgerhaus, Mahndorfer Bahnhof 10, 28307 Bremen

Zur besseren Planung bitten wir um eine Anmeldung unter: 0421 - 30 89 448 oder neumann@cdu-bremen.de

Neustart für Bremens Drogenpolitik: Raus aus der Verwaltung, rein in den Ausstieg

Mit einem Rundgang durch den Hauptbahnhof und einem Blick in die Drogenakzeptanzflächen zeigt Sina Dertwinkel, drogenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, das Scheitern der Bremer Drogenpolitik.



Sina Dertwinkel in der Friedrich-Rauers-Straße vor den Akzeptanzflächen.

Bremer Hauptbahnhof. Ein typischer Vormittag: Ein Pärchen schreit sich an, ein Mann breitet seine Matratze neben dem Fahrradständer aus, eine Frau irrt umher. Für viele Bremerinnen und Bremer kein ungewöhnliches Bild. Trauriger Alltag, mag man sagen. Doch für Sina Dertwinkel, drogenpolitische Sprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion, ist das mehr als nur ein unschönes Bild. Hier zeigt sich die Krise der Bremer Drogenpolitik. Statt echter Hilfe für Suchtkranke dominiert bloßes Verwalten. Für Dertwinkel ist klar: Ein Neustart muss her. Nicht morgen, sondern heute.

15 Gehminuten entfernt vom Hauptbahnhof liegt die Friedrich-Rauers-Straße, ein Hotspot der Bremer Drogenszene, hier häufen sich die Symptome einer gescheiterten Politik. Die sogenannten „Akzeptanzräume“ – Container, in denen Abhängige sicher konsumieren sollen – wirken nicht wie eine Lösung, sondern wie eine Kapitulation vor dem Problem. Es fehlt an Aufsicht, Kontrolle, geschweige denn an gezielter Hilfe. „Ab und zu kommen Streetworker vorbei“, sagt Dertwinkel, „aber das reicht nicht.“ Was bleibt, ist der Eindruck, dass das Elend der Drogenszene einfach geduldet wird.



Fast nicht einsehbar: die Drogenakzeptanzfläche.

Die CDU-Fraktion fordert stattdessen eine komplette Neuausrichtung der Drogenhilfe: Weg von Akzeptanzräumen, hin zu Ausstiegsprogrammen. „Wir wollen nicht, dass der Konsum so angenehm wie möglich gemacht wird“, betont Dertwinkel, „sondern dass die Menschen aus der Sucht herausfinden.“

Seit Jahren verspricht der Senat Bovenschulte einen integrierten Drogenkonsumraum, ein Ort, der nicht nur Konsum ermöglicht, sondern auch Beratungen bietet. Doch es passiert: nichts. Stattdessen ein Provisorium – Container, ohne langfristige Perspektive. Dertwinkel ist frustriert: „Seit fünf Jahren warten wir auf diesen Konsumraum.“ Die CDU will mehr als bloße Übergangslösungen. Sie fordert einen staatlich betriebenen Drogenkonsumraum, der echte Wege aus der Sucht bietet: Entzugsprogramme, psychosoziale Begleitung und ein stringentes Fallmanagement.

Das Problem liegt tiefer: Die derzeitigen Hilfsangebote sind zu niedrigschwellig, meint die Suchtexpertin. „Öffentliche Gelder dürfen nicht länger in Maßnahmen fließen, die keine Perspektive bieten“, so Dertwinkel. Eine weitere Krise: die Sicherheitslage rund um den Bahnhof. Abhängige und Dealer prägen das Straßenbild, die Probleme werden nur verlagert, nicht gelöst.

Ein zentraler Punkt der CDU-Strategie: Die Drogenberatung muss zurück in staatliche Hände. Die Überführung in freie Trägerschaft 2005 habe keine Verbesserung gebracht. Die CDU will die Verantwortung wieder beim Gesundheitsamt ansiedeln. Nur so könne gewährleistet werden, dass Mittel effizient und sinnvoll eingesetzt werden.

Auch bei der Strafverfolgung sieht die CDU-Fraktion großen Handlungsbedarf. Drogenhandel und Konsum bleiben zu oft unbehelligt, während die Lage auf der Straße eskaliert. Ohne eine entschlossene Strafverfolgung wird das Problem nicht zu lösen sein.



Täglicher Anblick rund um den Hauptbahnhof: Elend und Krankheit.

Das Ziel der CDU ist klar: Eine Drogenpolitik, die nicht nur das Elend verwaltet, sondern echte Ausstiegshilfe bietet. „Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt“, sagt Dertwinkel. Es geht um Eigenständigkeit, Selbstbestimmung und die dauerhafte Reduzierung des Konsums, idealerweise bis zur Abstinenz. Die bisherige Politik des Bremer Senats ist weit davon entfernt, dies zu erreichen. Ein „Drehtüreffekt“, bei dem Suchtkranke nach kurzem Entzug wieder in die Drogenszene zurückfallen, weil sie direkt mit dem Elend konfrontiert würden, muss dringend vermieden werden.

Dertwinkels Fazit, ihr Blick gerichtet auf die Friedrich-Rauers-Straße: Bremen braucht eine Wende in der Drogenpolitik. Weg von der bloßen Verwaltung des Elends, hin zu echten Lösungen, die den Betroffenen eine Perspektive bieten, eine echte Lebenshilfe. Ohne diesen Neustart wird Bremen weiterhin im Sumpf der Drogenproblematik verharren.



Hotspot der Bremer Drogenszene: die Friedrich-Rauers-Straße in Findorff.

Kontakt:

dertwinkel@cdu-bremen.de



Hier geht es zum gesamten Positionspapier: Ausstiegsräume statt Konsumräume

»Wir müssen weg vom 'Die



Christine Schnittker kämpft für mehr Gleichberechtigung zwischen Bremerhaven und Bremen.

Bremerhaven-Ultra Christine Schnittker fordert mehr Unterstützung und weniger Inseldenzen: Die Abgeordnete und Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft aus der Seestadt über Bremerhavens Stärken und Austausch auf Augenhöhe.

Ausguck: Frau Schnittker, was macht Bremerhaven so besonders?

Christine Schnittker: Bremerhaven hat viel mehr zu bieten, als viele denken. Wir sind bodenständig, direkt und ehrlich – das macht uns aus. Natürlich haben wir wie jede andere Stadt unsere Herausforderungen, aber durch unsere kurzen Wege und den engen Zusammenhalt können wir Probleme schnell und pragmatisch lösen. Was Bremerhaven besonders lebenswert macht, ist aber natürlich auch die Nähe zum Wasser. Der Deich und die frische Meeresluft sind für uns unverzichtbar.

Ausguck: Bremerhaven wird oft als der „kleine Bruder“ von Bremen gesehen. Woher kommt dieses Gefühl der Benachteiligung?

Christine Schnittker: Das hat historische Wurzeln. In Bremen lebten früher die reichen Kaufleute, die sogenannten „Pfeffersäcke“, während Bremerhaven als Arbeiterstadt galt. Dieses Ungleichgewicht spüren wir bis heute. Ein Beispiel dafür ist die finanzielle Ausstattung. Der Bremer Senat unterstützt seine städtischen Gesellschaften mit Landesmitteln, Bremerhaven bekommt oft nichts ab. Denken Sie an die BSAG oder die Geno – das fühlt sich einfach ungerecht an.

Ausguck: Welche Auswirkungen hat diese Ungleichbehandlung auf Bremerhaven?

Christine Schnittker: Ganz klar: Wir müssen mit weniger Mitteln auskommen und haben dennoch ähnliche Herausforderungen wie Bremen. Aber trotz dieser finanziellen Hürden beweist Bremerhaven immer wieder, dass wir eine starke Stadt sind. Wir kämpfen für unsere Projekte und bringen sie oft schneller und effizienter voran. Das führt zu einer gewissen Frustration, weil wir sehen, dass vieles hier besser laufen könnte, wenn wir fairer unterstützt würden. Wir müssen endlich weg von diesem „Die und Wir“!

Ausguck: Was macht Bremerhaven besser als Bremen?

Christine Schnittker: Wir sind schneller und weniger ideologisch. Wenn es bei uns ein Problem gibt, setzen wir uns zusammen und lösen es. Auch in der Stadtentwicklung haben wir große Fortschritte gemacht, wie man an den Hafenvelten sieht. Ein anderes Beispiel ist das Schulschwimmen: Bei uns ist das viel besser organisiert als in Bremen. Diese Pragmatik und der enge Austausch zwischen Wirtschaft und Politik machen es für Unternehmen leicht, sich hier zu etablieren.

und Wir'-Denken!«

Ausguck: Wo wünschen Sie sich mehr Unterstützung vom Bremer Senat?

Christine Schnittker: Es geht nicht immer nur ums Geld, obwohl das natürlich wichtig ist. Ich wünsche mir, dass wir endlich als gleichwertiger Partner wahrgenommen werden. Bremerhaven sollte von Anfang an mitgedacht werden und nicht erst im Nachhinein, wenn es schon fast zu spät ist. Wir möchten nicht immer als die „fordernde“ Seite wahrgenommen werden, sondern als gleichberechtigter Teil des Landes Bremen.

Ausguck: Was müsste passieren, damit sich das Verhältnis zwischen Bremen und Bremerhaven verbessert?

Christine Schnittker: Mehr Kommunikation auf Augenhöhe wäre ein erster Schritt. Es wäre gut, wenn der Senat oder auch die Bürgerschaft regelmäßig in Bremerhaven tagen würden – allein schon als Zeichen, dass Bremerhaven als gleichwertiger Teil des Landes gesehen wird. Eine enge Zusammenarbeit und echte Dialoge zwischen beiden Städten könnten viel bewirken. Das würde den Zusammenhalt stärken und auch die Wahrnehmung bei den Bürgerinnen und Bürgern verändern. Vielleicht wäre ein Bremerhavener Bürgermeister in Bremen mal eine Idee. Wer weiß?

Ausguck: Gibt es auch Bereiche, in denen die Zusammenarbeit zwischen Bremen und Bremerhaven gut funktioniert?

Christine Schnittker: Wir haben das Glück, dass wir in vielen Bereichen, dank Bremen, eigenständig agieren können. Zum Beispiel bei der Polizei und den Lehrkräften. Auch wenn die Gelder aus Bremen kommen, profitieren wir von kurzen Wegen und einem besseren Arbeitsklima in der Verwaltung. Hier in Bremerhaven läuft vieles einfach schneller und reibungsloser als in Bremen.

Ausguck: Zum Abschluss: Sie sind ein großer Lokalpatriot, das spürt man. Was ist Ihre Motivation als Abgeordnete?

Christine Schnittker: Absolut, ich bin ein Bremerhaven-Ultra! Ich bin hier gewählt worden, und meine Heimatstadt liegt mir besonders am Herzen. Natürlich bin ich auch für das gesamte Land Bremen zuständig, aber Bremerhaven ist mein Schwerpunkt. Ich kämpfe dafür, dass unsere Stadt die Aufmerksamkeit und Unterstützung bekommt, die sie verdient, und ich glaube, das gelingt mir ganz gut.



Sturmfest: Christine Schnittker an der Waterkant.

Kontakt:
schnittker@cdu-bremen.de

Ausguck:

3.2024

christdemokratisch
hanseatisch
unterhaltsam

Ein Magazin der
CDU-Bürgerschaftsfraktion
im Land Bremen

Am Wall 135 · 28195 Bremen
T. 04 21 - 30 89 4 - 0
F. 04 21 - 30 89 4 - 44

Verantwortlich für den Inhalt

(V.i.S.d.P.): Claudia Grabowski
(Pressestelle CDU-Bürgerschaftsfraktion)

Erscheinungsweise:

4 Ausgaben jährlich

Auflage:

3.500 Exemplare

Fotos:

Tobias Koch, Shutterstock, CDU-Bürgerschaftsfraktion

Gestaltung:

Swakowski | Grafikdesign

Druck:

BerlinDruck GmbH + Co KG, Achim
Das Magazin und alle in ihm enthaltenen
Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung
bedarf der Zustimmung des Herausgebers.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.

Social Media:

Facebook: CDU-Fraktion Land Bremen
Twitter: twitter.com/CDUFraktionHB
Instagram: instagram.com/cdubremen



ZU GUTER LETZT

Mutterschutz für Selbständige – CDU-Fraktion bringt Thema in Öffentlichkeit

Kinderkriegen als Karrierekrise? Die CDU-Fraktion Bremen will das ändern! Für selbständige Frauen stellt eine Schwangerschaft oft eine existenzielle Bedrohung dar, sei es im Handwerk, der IT-Branche oder der Kreativwirtschaft. Weniger als 20 Prozent der Gründer sind Frauen – strukturelle Hürden und fehlender Mutterschutz bremsen sie aus.

Bei der Veranstaltung der CDU-Fraktion im Bremer Presseclub wurden konkrete Lösungen diskutiert. Johanna Röh, Tischlermeisterin und Gründerin des Vereins „Mutterschutz für alle“, berichtete von ihren Herausforderungen: „Meine Schwangerschaft hat mich finanziell an die Grenzen gebracht.“ Dr. Julia Köhn, Seriengründerin, sah sich gezwungen, ihre Schwangerschaft

geheimzuhalten, um das Unternehmen zu schützen: „Ich habe niemandem davon erzählt, es war der bestmögliche Weg für das Unternehmen.“

Theresa Gröninger, wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, machte Mut: „Deutschland muss seine Hausaufgaben machen. Andere Länder wie Österreich oder Schweden zeigen, dass es besser geht.“

Prof. Dr. Ursula Rust, die bereits 2010 erste Vorträge zum Thema hielt, äußerte sich hoffnungsvoll: „Junge Frauen engagieren sich weiter, und das gibt mir Mut.“

Kontakt:
groeninge@cdu-bremen.de

Hier geht es
zum Antrag der
CDU-Fraktion



Dr. Julia Köhn:

„Ich habe niemandem von meiner Schwangerschaft erzählt, es war der bestmögliche Weg für das Unternehmen.“



Johanna Röh:

„Meine Schwangerschaft hat mich finanziell an die Grenzen gebracht.“



Theresa Gröninger: „Wir müssen ganz eng an den Schrauben des Mutterschutzes drehen, um selbständigen Frauen die Möglichkeit zu geben, während des Mutterschutzes Betriebsheifer einzustellen und finanzielle Belastungen zu lindern.“



Prof. Dr. Ursula Rust:

„Junge Frauen engagieren sich weiter, und das gibt mir Mut.“

**CDU
FRAKTION
BREMEN**